

08.02.2024

Offener Brief gegen Bayerns Sprachverbote LSVD Bayern mit über 50 Organisationen

Ende vergangenen Jahres kündigte der bayerische Ministerpräsident ein Genderverbot für Verwaltung und Schulen in Bayern an. Der DGB Bayern, die DGB-Jugend Bayern, die EVG Bayern, die GEW Bayern und der LSVD Bayern initiierten nun einen offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, der von weiteren 53 Organisationen unterstützt wird. Das Bündnis fordert die Abgeordneten auf, das von der Staatsregierung angekündigte Vorhaben eines Genderverbots zu verhindern und sich stattdessen für Geschlechtergerechtigkeit, Akzeptanz und Repräsentanz queerer Menschen mit ihren vielfältigen Lebensrealitäten einzusetzen.

„Sprache schafft Realität. Unsere Gesellschaft ist nicht ausschließlich binär, warum sollte es dann unsere gemeinsame Sprache sein? Mit Bayerns Sprachverböten von geschlechtergerechter Sprache spaltet die Staatsregierung unsere Gesellschaft und drängt nicht-binäre Menschen weiter in die Unsichtbarkeit. In einer Zeit, in der queere Menschen massiven Angriffen ausgesetzt sind, muss Sprache verbinden, statt zu spalten.“, erklärt Markus Apel aus dem Vorstand des LSVD Bayern.

Für viele queere Menschen in Bayern gehören Diskriminierung und Gewalt zum Alltag. Der LSVD setzt sich deshalb für einen wirksamen Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit ein. In einem zivilgesellschaftlichen Maßnahmenkatalog vom November 2023 wird die Förderung von geschlechtergerechter Sprache als Teil eines Aktionsplans explizit gefordert.

Der LSVD macht zudem deutlich, dass bayerische Sprachverbote von nicht-binärer Sprache nicht mit den Zielen des angekündigten „Bayerischen Aktionsplan Queer“ vereinbar sind.

Offener Brief (Website der GEW Bayern) [<https://www.gew-bayern.de/offener-brief-gegen-genderverbot/>]

Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog (November 2023) [<https://bayern.lsvd.de/politik/ueber-120-massnahmen-gegen-queerfeindlichkeit-in-bayern/>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de